

Liebe Parteifreunde,

zwei Jahre nach ihrer Gründung braucht die AfD eine Richtungsentscheidung. Die beiden vor kurzem versendeten Resolutionen (Erfurter und Deutschland-Resolution) waren eine weitere Runde im Kampf um die Grundausrichtung der Partei. Auch wenn vorübergehend Ruhe einkehrt ist, so ist doch kaum mit einem dauerhaften Ausbleiben von Stellungnahmen über die Presse oder Resolutionen zu rechnen. Jetzt sind wir Mitglieder gefordert, endlich den von Beginn an schwelenden und schon lange öffentlich ausgetragenen Streit zu entscheiden. Dies kann demokratisch nur über eine Festlegung in den wesentlichen strittigen Positionen erfolgen. Ich glaube, dass wir mit großer Mehrheit politische Positionen beschließen können, die die erforderliche Klarstellung bringen.

Es geht nicht darum, ob die AfD eher konservatives, soziales oder liberales Gedankengut vertritt. Es ist unstrittig, dass für alles dies in der AfD Platz ist und diese inhaltliche Spannbreite Grundlage unseres Erfolges ist. Es geht vielmehr darum, ob die AfD fundamental-oppositionellen und isolationistischen Positionen als Plattform dienen soll. Hierzu müssen wir klar Nein sagen. Solche Ideen stehen im Widerspruch zu unseren Programmen und politischen Leitlinien. Sie entsprechen nicht den Gründungsimpulsen unserer AfD. Deshalb verstecken sie sich hinter wolkigen, interpretationsfähigen Formulierungen oder werden nur in geschlossenen Facebookgruppen vorgetragen. Das hat mit Mut zur Wahrheit nichts zu tun. Wir sind glaubwürdig, wenn unser Kurs klar ist. Die anliegenden Thesen bringen klar zum Ausdruck, wo die AfD steht.

Diese Festlegung soll das Parteiprogramm nicht vorwegnehmen. Sie kann angesichts der offensichtlichen Differenzen aber nicht bis Ende des Jahres warten. Nur ein Mitgliederentscheid kann eine zeitnahe Lösung bringen und alle Parteifreunde einbeziehen, die an Parteitagen aus finanziellen, zeitlichen oder gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen können. Wir treten als Partei für mehr Direkte Demokratie ein. Dann sollten wir jetzt diesen Weg auch innerparteilich beschreiten. Ich hoffe deshalb auch auf Unterstützung für den Antrag auf Durchführung des Mitgliederentscheids durch Mitglieder aller Flügel und Strömungen.

Nach § 20 (3) unserer Bundessatzung finden Mitgliederentscheide u.a. auf Antrag von 3 % der Mitglieder statt. Daher bitte ich Sie: unterstützen Sie die Forderung nach einem Mitgliederentscheid zu den unten aufgeführten Positionen!

Bitte füllen Sie das Schreiben unten aus (Name usw.) und senden Sie es noch heute per Post oder Fax an mich. Weiter Informationen finden Sie unter [www.mitgliederentscheid-afd.de](http://www.mitgliederentscheid-afd.de)

Machen Sie bitte auch Werbung für diese basisdemokratische Möglichkeit!

Herzliche Grüße sendet Ihnen

Ronald Geiger

Ronald Geiger  
Azuritweg 2  
D-70619 Stuttgart

**Fax 0711/7156753**

**Mail: [ronald.geiger@alternativfuer-bw.de](mailto:ronald.geiger@alternativfuer-bw.de)**

**Ich möchte, dass über die unten genannte Frage (Richtungs-  
Mitgliederentscheid) ein Mitgliederentscheid gemäß § 20 Abs. 1  
Bundessatzung durchgeführt wird.**

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Mail

Landesverband

Kreisverband

Mitgliedsnummer

Ort/Datum

Unterschrift

---

## **Frage für den Richtungs-Mitgliederentscheid**

Ich stimme den nachfolgend genannten Thesen zu und möchte, dass diese für die politische Arbeit der AfD verbindlich sind.

**Ja**

**Nein**

## **Politische Festlegungen der AfD**

### **Bekanntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung**

Die AfD lehnt Fundamentalkritik an unserem Staat, unserer Gesellschaft oder unserem Wirtschaftssystem ab. Wir üben sachliche Kritik an einzelnen Fehlentwicklungen, bejahen aber eindeutig die Bundesrepublik Deutschland als demokratischen, sozialen Rechtsstaat und die Soziale Marktwirtschaft.

### **Bekanntnis zur parlamentarischen Demokratie**

Die AfD fordert die Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch Volksabstimmungen nach dem Schweizer Vorbild. Aber direkte Demokratie muss sich auf Schlüsselentscheidungen beschränken. Die parlamentarische Demokratie bleibt unverzichtbar.

### **Bekanntnis zu sachorientierter Politik**

Die zunehmende Lähmung des politischen Diskurses durch ungeschriebene Regeln der „political correctness“ lehnen wir entschieden ab. Das ist aber kein Freibrief für pöbelhaftes Benehmen oder beleidigende Äußerungen. Unsere Kritik muss der Sache dienen. Bei Kritik an Personen wahren wir Anstand und Respekt.

Die AfD will die deutsche Politik mitgestalten und dadurch verändern.

Die AfD unterhält keine Kontakte zu Vertretern der sog. Neuen Rechten, der sog. Identitären Bewegung oder zu Organisationen im Dunstkreis des Rechtsradikalismus. In diesen Kreisen wächst Gedankengut, das mit den Grundüberzeugungen der AfD unvereinbar ist, sodass jeder Kontakt der Partei und ihrem Ansehen schaden würde.

Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit Parteien ab, die europafeindliche oder ausländerfeindliche Positionen vertreten. Dazu zählen z. B. der französische Front National und die niederländische Partij voor de Vrijheid.

## **Deutschland in Europa und der Welt**

Wir bejahen die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO und in der EU. Wir treten allen Versuchen entgegen, die sich daraus ergebenden Souveränitätseinschränkungen Deutschlands zum Anlass zu nehmen, offen oder verdeckt den Austritt Deutschlands aus der NATO oder aus der EU zu fordern.

Wir setzen uns für die Auflösung des Euro-Währungsgebiets und eine grundlegende Reform der EU ein. Dazu könnte die Umwandlung des Europäischen Parlaments in eine Versammlung von Abgeordneten der nationalen Parlamente gehören.

Wir bekennen uns ausdrücklich zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Grenzen sind unverletzlich, aber nicht unveränderlich.

Wir wollen Frieden und Freundschaft mit Russland, ohne dabei die Westbindung Deutschlands in Frage zu stellen. Wir akzeptieren das Sicherheitsbedürfnis Russlands, erwarten aber auch, dass Russland das Völkerrecht achtet und Konflikte ausschließlich friedlich löst. Dasselbe erwarten wir von den USA und allen unseren Bündnispartnern.

Wir setzen uns für das Wohl des deutschen Volkes und für die Interessen Deutschlands in der Welt ein. Die AfD lehnt es aber entschieden ab, sich mit überhöhten "vaterländischen" Attributen zu schmücken.

Deutsche Politik muss nationale Interessen vertreten. Doch müssen wir uns auch heute noch der nachvollziehbaren Empfindlichkeiten in anderen Ländern wegen der im Dritten Reich begangenen Verbrechen bewusst sein. Ein markig zur Schau gestellter deutscher Patriotismus ist der wünschenswerten Völkerverständigung nicht zuträglich. Er erschwert die Durchsetzung unserer nationalen Interessen.

## **Marktwirtschaft und TTIP**

Wir bejahen die Soziale Marktwirtschaft und den freien Handel. Handelsabkommen wie TTIP sind für uns nur dann akzeptabel, wenn unsere Sozial-, Umwelt-, und Verbraucherschutzstandards gewahrt bleiben und wenn das Recht des Staates, dem Allgemeinwohl dienende Gesetze zu erlassen, nicht vor Schiedsgerichten angefochten werden kann.

## **Asyl und Einwanderung**

Wir stehen uneingeschränkt zum Recht auf politisches Asyl, wenden uns aber entschieden gegen dessen weitverbreiteten Missbrauch. Vorhandene Gesetze und ergangene Urteile sind strikt und unverzüglich umzusetzen.

Angesichts der bedrohlichen demographischen Entwicklung anerkennt die AfD, dass Deutschland eine qualifizierte, sinnvoll gesteuerte Einwanderung braucht.

Die AfD lehnt es strikt ab, Einwanderung nach "völkischen" Kriterien zu steuern. Herkunft oder Hautfarbe sind für die Frage der Einwanderung irrelevant. Stattdessen wollen wir eine Einwanderungspraxis, die sich an Bildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnissen, dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt und einem klaren Bekenntnis zum Grundgesetz orientiert.

## **Religionsfreiheit und Islam**

Wir setzen uns ein für die Werte der Aufklärung. Dazu zählt die Religionsfreiheit, die auch das Recht beinhaltet, sich in öffentlichen Gotteshäusern friedlich zum Gebet zu versammeln. Prediger müssen das Grundgesetz achten. Sie sollen aktiv gegen Extremisten Stellung beziehen.

Wir wenden uns entschieden gegen das demonstrative Tragen des Kopftuches im öffentlichen Dienst und in Schulen. Wer unserem Staat dient, darf grundlegende Werte unserer Gesellschaft wie die Gleichberechtigung der Frau nicht durch seine Kleidung in Frage stellen.

PEGIDA ist für uns weder Verbündeter noch Kooperationspartner. Wir nehmen aber die Sorgen auch von Bürgern, die bei PEGIDA demonstrieren, ernst und beteiligen uns nicht an Ausgrenzungsversuchen.

Wir wenden uns entschieden gegen den menschenverachtenden islamistischen Terrorismus und gegen alle, die ihm den Boden bereiten. Dessen Schreckenstaten wollen wir jedoch nicht dem Islam allgemein oder den Millionen Muslimen anlasten, die friedlich unter uns leben.